

GEULEN & KLINGER

Rechtsanwälte

per beA
Landgericht Köln
- Kammer für Handelssachen -
Luxemburger Straße 101

50939 Köln

Dr. Reiner Geulen*
Prof. Dr. Remo Klinger*
Dr. Caroline Douhaire LL.M.
Dr. Karoline Borwieck
David Krebs
Lukas Rhiel

10719 Berlin, Schaperstraße 15
Telefon +49/ 30 / 88 47 28-0
Telefax +49/ 30 / 88 47 28-10
E-Mail geulen@geulen.com
klinger@geulen.com

www.geulenklinger.com

27. März 2024

K l a g e

Deutsche Umwelthilfe e.V.,
vertreten durch ihre Bundesgeschäftsführer
Jürgen Resch und Sascha Müller-Kraenner,
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell,

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen der Kanzlei Geulen & Klinger,
Schaperstraße 15, 10719 Berlin,

g e g e n


vertreten durch die Geschäftsführer 


- Beklagte -

wegen eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs.

Namens und in Vollmacht des Klägers erheben wir Klage und werden Folgendes beantragen:

1. Die Beklagte wird verurteilt, es bei Vermeidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 250.000,00 Euro, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, letztere zu vollziehen an den jeweils verantwortlichen Geschäftsführern der Beklagten,

zu unterlassen,

im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs im Internet für neue Personenkraftwagenmodelle zu werben, ohne dabei Angaben über den Kraftstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen dieser Fahrzeugmodelle zu machen,

wie geschehen in der Anlage K 1 zur Klageschrift für den

- *Fiat 500X, 88 kW (119 PS), 10 km, EZ 04/2023, 21.990,00 Euro,*
- *Fiat 500X, 88 kW (119 PS), 10 km, EZ 06/2023, 23.880,00 Euro,*
- *Porsche 911 Carrera T, 283 kW (384 PS), 80 km, EZ 08/2023, 148.880,00 Euro.*

2. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 7.780,78 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

vorläufiger Streitwert: 37.500,- Euro

Sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet, wird für den Fall der Fristversäumnis oder des Anerkennens beantragt,

die Beklagte durch Versäumnisurteil oder Anerkenntnisurteil ohne mündliche Verhandlung zu verurteilen.

Zudem beantragen wir,

den Parteien während der mündlichen Verhandlung zu gestatten, sich an einem anderen Ort aufzuhalten (§ 128a ZPO).

Einer Entscheidung des Rechtsstreits durch den/die Vorsitzende(n) wird zugestimmt.

B E G R Ü N D U N G

1. Streitgegenstand

Der Kläger ist ein nach dem Wettbewerbsrecht klagefähiger Umwelt- und Verbraucherschutzverband. Nach seiner Satzung bezweckt der Kläger unter anderem, die aufklärende Verbraucherberatung sowie den Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Seit dem 13. Oktober 2004 ist er in die Liste qualifizierter Einrichtungen nach § 4 Unterlassungsklagengesetz eingetragen.

Die [Liste](#) ist über die Webseite des Bundesamtes für Justiz in ihrer jeweils aktuellen Fassung abrufbar. Der Kläger wird dort auf Seite 3 geführt.

Die Beklagte handelt mit Kraftfahrzeugen. Sie verstößt in ihrer Internetwerbung auf [REDACTED] in der Rubrik „Fahrzeugsuche“, abgerufen am 14. November 2023, gegen die Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung für Pkw (Pkw-EnVKV), insbesondere gegen § 5 Pkw-EnVKV.

Dabei geht es um die im Klageantrag zu 1) näher bezeichneten Modelle.

Beweis: Internetwerbung der Beklagten (**Anlage K 1**)

2. Verstoß gegen § 5 Pkw-EnVKV

Das Vorgehen der Beklagten stellt einen Verstoß gegen § 5 i.V.m. § 1 Absatz 2 Nr.1 Pkw-EnVKV dar.

Zum Zeitpunkt der streitgegenständlichen Neufahrzeugwerbung lautete § 5 Pkw-EnVKV wie folgt:

„Hersteller und Händler, die Werbeschriften erstellen, erstellen lassen, weitergeben oder auf andere Weise verwenden, haben sicherzustellen, dass in den Werbeschriften Angaben über den offiziellen Kraftstoffverbrauch und die offiziellen spezifischen CO₂-Emissionen der betreffenden Modelle neuer Personenkraftwagen nach Maßgabe von Abschnitt I der Anlage 4 gemacht werden.“

Nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 gilt Abs. 1 entsprechend für in elektronischer Form verbreitetes Werbematerial.

Nach der Anlage 4 zu § 5 Pkw-EnVKV und dem dortigen Abschnitt II sind durch den Verweis auf den Abschnitt I Absatz 3 Angaben der Verbrauchs- und CO₂-Werte nur dann nicht erforderlich, wenn der Händler lediglich für eine Fabrikmarke und nicht für ein Modell wirbt. Werden Angaben zur Motorisierung, zum Beispiel zu Motorleistung, Hubraum oder Beschleunigung gemacht, wirbt man aber stets für ein konkretes Modell (vgl. auch Schmidt, NJW 2005, 329 – 332).

Vorliegend macht die Beklagte in ihrer Werbung Angaben zur Motorisierung der beworbenen Fahrzeuge, indem sie Angaben zur Motorleistung der Fahrzeuge in kW und PS macht.

Beweis: Internetwerbung der Beklagten (Anlage K 1)

Die Beklagte war daher verpflichtet, die Angaben zu den Verbrauchs- und CO₂-Werte in der Anzeige zu machen. Dies hat die Beklagte jedoch nicht so, wie es die Verordnung vorsieht. Die Angaben zum Kraftstoffverbrauch und zu den CO₂-Emissionen fehlten gänzlich.

Beweis: Internetwerbung der Beklagten (Anlage K 1)

3. Unterlassungsanspruch

Der Kläger kann deshalb einen Unterlassungsanspruch gegenüber der Beklagten geltend machen und tut dies mit dem Klageantrag zu 1).

Der Unterlassungsanspruch ergibt sich aus §§ 8, 3, 5a Abs. 1, 5b Abs. 4 UWG i.V.m. §§ 1 Abs. 1, 5 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 Pkw-EnVKV i.V.m. Abschnitt II der Anlage 4 zu § 5 Pkw-EnVKV.

Nach § 5a Abs. 1 UWG handelt unlauter, wer einen Verbraucher oder sonstigen Marktteilnehmer irreführt, indem er ihm eine wesentliche Information vorenthält, die der Verbraucher oder der sonstige Marktteilnehmer nach den jeweiligen Umständen benötigt, um eine informierte geschäftliche Entscheidung zu treffen, und deren Vorenthalten dazu

geeignet ist, den Verbraucher oder den sonstigen Marktteilnehmer zu einer geschäftlichen Entscheidung zu veranlassen, die er andernfalls nicht getroffen hätte.

Nach § 5b Abs. 4 UWG gelten als wesentlich im Sinne des § 5a Abs. 1 UWG solche Informationen, die dem Verbraucher auf Grund unionsrechtlicher Verordnungen oder nach Rechtsvorschriften zur Umsetzung unionsrechtlicher Richtlinien für kommerzielle Kommunikation einschließlich Werbung und Marketing nicht vorenthalten werden dürfen.

a. Wesentlichkeit der Angaben

Die Angaben über die Emissionen und den Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen stellen wesentliche Informationen im Sinne des § 5b Abs. 4 UWG dar.

In dem Urteil „Neue Personenkraftwagen“ vom 21. Dezember 2011 hat der BGH entschieden:

„Bei den in der Werbung anzugebenden Werten zum Kraftstoffverbrauch und zu den CO₂-Emissionen handelt es sich um Informationen, die die Werbung und damit die kommerzielle Kommunikation betreffen und die dem Verbraucher aufgrund einer unionsrechtlichen Richtlinie, der Richtlinie 1999/94/EG, nicht vorenthalten werden dürfen (§ 5a Abs. 4 UWG; Art. 7 Abs. 5 der Richtlinie 2005/29/EG). Derartige Informationen sind nach der gesetzlichen Regelung stets wesentlich im Sinne von § 5a Abs. 2 UWG und Art. 7 Abs. 1 der Richtlinie 2005/29/EG. Werden Informationen vorenthalten, die das Unionsrecht als wesentlich einstuft, ist zugleich geklärt, dass das Erfordernis der Spürbarkeit nach § 3 Abs. 2 Satz 1 UWG erfüllt ist (vgl. BGH, GRUR 2010, 852 Rn. 21 - Gallardo Spyder; Urteil vom 29. April 2009 - I ZR 66/08, GRUR 2010, 1142 Rn. 24 = WRP 2010, 1517 - Holzocker; BGH, Urteil vom 29. April 2010 - I ZR 99/08, GRUR 2011, 82 Rn. 33 = WRP 2011, 55 - Preiswerbung ohne Umsatzsteuer; Bornkamm in Köhler/Bornkamm aaO § 5a Rn. 57; ders. WRP 2012, 1, 5).“

(BGH, Urteil vom 21. Dezember 2011 – I ZR 190/10, Juris, Rn. 25)

Dies entspricht der ständigen Rechtsprechung, die beispielsweise auch im Urteil des OLG Frankfurt am Main vom 9. Juni 2022 zum Ausdruck gekommen ist. Danach können genaue, zweckdienliche und vergleichbare Informationen über den spezifischen Kraftstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen die Kaufentscheidung der Verbraucher zugunsten sparsamer- und CO₂-reduzierter Fahrzeuge beeinflussen. Das Vorenthalten dieser Informationen ist daher geeignet, den Verbraucher zu einer geschäftlichen Entscheidung zu veranlassen, die er andernfalls nicht getroffen hätte (OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 9. Juni 2022 – 6 U 102/21, Juris, Rn. 36).

Auch das OLG Köln hat entschieden, dass es sich bei den in der Werbung anzugebenden Werten zu Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen um auf das Unionsrecht zurückgehende verbraucherschützende Informationen handelt, die stets wesentlich sind, sodass deren Vorenthaltung damit auch stets spürbar ist (OLG Köln, Urteil vom 10. Juni 2022 – 6 U 3/22, Juris, Rn. 68).

Die Angaben zu Verbrauchs- und Emissionswerten sind mithin wesentliche Angaben im Sinne des § 5b Abs. 4 UWG, die die Verbraucher benötigen, um eine informierte geschäftliche Entscheidung zu treffen. Ihre fehlende oder rechtlich unzureichende Mitteilung ist geeignet, die Verbraucher zu einer geschäftlichen Entscheidung zu veranlassen, die sie andernfalls nicht getroffen hätten (Köhler, in: Köhler/Bornkamm, 40. Aufl. 2022, UWG § 3a Rn. 1.213).

b. Keine Rechtsänderung trotz Novelle der Pkw-EnVKV

Die Pkw-EnVKV wurde im Februar 2024 novelliert.

Nach der Rechtsprechung des BGH (z.B. BGH GRUR 2016, 88) kann der in die Zukunft gerichtete Unterlassungsanspruch nur dann zugebilligt werden, wenn zum Zeitpunkt der Entscheidung des Gerichts das geltende Recht die dem Unterlassungsschuldner vorgeordnete Handlungsweise (noch) verbietet. Daher muss die Handlung sowohl zum Tatzeitpunkt, als auch zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz unrechtmäßig gewesen sein, damit sich ein Unterlassungsanspruch auf sie stützen lässt.

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall erfüllt.

Zwar ist am 23. Februar 2024 die durch Art. 1 der Verordnung vom 19. Februar 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 50) Pkw-EnVKV in Kraft getreten.

Materiell-rechtliche Änderungen ergeben sich für den streitgegenständlichen Sachverhalt hieraus aber nicht.

Der geltend gemachte Unterlassungsanspruch des Klägers ist mithin begründet.

4. Konventionalstrafenanspruch

Der Kläger kann einen Konventionalstrafenanspruch geltend machen und tut dies mit dem Klageantrag zu 2) in Höhe von 7.500,00 Euro.

Mit einer Unterlassungserklärung vom 7. Juli 2015 hat sich die Beklagte verpflichtet, elektronisches Werbematerial zukünftig nach Maßgabe und unter Beachtung der Vorschriften der Pkw-EnVKV zu machen und andernfalls eine angemessene Vertragsstrafe zu zahlen

Beweis: Unterlassungserklärung (**Anlage K 2**)

Wir haben bereits dargelegt, dass die Beklagte gegen die Pkw-EnVKV verstoßen hat. Sie hat daher auch gegen die Unterlassungserklärung verstoßen.

Die Höhe der Vertragsstrafe ist angemessen.

Eine Vertragsstrafe soll sicherstellen, dass derjenige, der die Vertragsstrafe verspricht, hierdurch nachhaltig dazu angehalten wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Vertragsstrafe muss deshalb so hoch sein, dass sich der Verstoß für den Verletzter in Zukunft nicht mehr lohnt. Bei welcher Höhe dies der Fall ist, ist stets eine Frage des Einzelfalls (BGH, Urteil vom 07. Oktober 1982 – I ZR 120/80, Juris, Rn. 25 ff.).

Ein fester Betrag lässt sich daher nicht ausmachen. Bei schwerwiegenden Verstößen und umsatzstarken Unternehmen müssen hohe Vertragsstrafen vereinbart werden, um ihrem Zweck gerecht zu werden. Dabei ist auf die Schwere und das Ausmaß der begangenen Zuwiderhandlung, auf deren Gefährlichkeit für den Gläubiger, auf das Verschulden des Verletzers sowie auf Art und Größe des Unternehmens des Schuldners abzustellen (BGH, Urteil vom 17. Juli 2008 – I ZR 168/05, Juris, Rn. 42).

Die Rechtsprechung hat auf Grundlage dieser Maßstäbe entschieden, in welcher Größenordnung die festzusetzenden Vertragsstrafen bei durchschnittlich schwerwiegenden Verstößen in Geschäftsbereichen normaler wirtschaftlicher Bedeutung angemessen sind. Daraus ergibt sich, dass Vertragsstrafen zwischen 2.500 € und 10.000 € als angemessen anzusehen sind und der Unterlassungsgläubiger sein Festsetzungsermessen fehlerfrei ausübt, wenn er eine Vertragsstrafe in diesem Rahmen fordert.

Dies entspricht der Rechtsprechung des OLG Oldenburg, das in seinem Beschluss vom 12. August 2009 – 1 W 37/09 wie folgt entschieden hat:

„Die Praxis der Rspr. geht dahin, in Geschäftsbereichen normaler wirtschaftlicher Bedeutung die Spanne einer ausreichenden Vertragsstrafe zwischen 2.500 € bis 10.000 € zu bemessen und Beträge bis 2.000 € nicht ausreichen zu lassen (vgl. Ahrens/Deutsch, der Wettbewerbsprozess, 6. Aufl., Kap. 1 Rn. 65 m.w.N). Von diesen Grundsätzen geht auch der Senat aus. Geringere Vertragsstrafen können lediglich bei einer wettbewerbsrechtlich relevanten Geschäftstätigkeit im wirtschaftlichen Bagatellbereich ausreichen.“ (OLG Oldenburg, a.a.O., juris Rn. 9)

Hier geht es um die Werbung für besonders hochwertige Güter, die mit großer Reichweite über das Internet vertrieben wurden. Von überdurchschnittlicher Bedeutung ist der Kauf eines Pkws für den Verbraucher deshalb, weil die Anschaffung eines Autos für den Verbraucher eine der teuersten Anschaffungen ist, die ein Verbraucher in seinem Leben überhaupt tätigt. Zudem musste die Beklagte bereits zum zehnten Mal abgemahnt werden (Abmahnungen des Klägers vom 18.03.2009, 20.12.2010, 24.10.2014, 19.06.2015, 26.02.2016, 15.07.2016, 20.01.2017, 20.10.2017, 29.03.2018 und streitgegenständlich vom 20.11.2023).

Die Vertragsstrafe ist vor diesem Hintergrund angemessen.

Zudem steht dem Kläger ein Festsetzungsermessen zu, das nur bei grober Überschreitung des angemessenen Rahmens Anlass zu einer gerichtlichen Korrektur gibt. Das OLG Karlsruhe fasst dies beispielhaft wie folgt zusammen:

„Dem Bestimmungsberechtigten steht bei der Bestimmung der Strafhöhe allerdings ein Ermessensspielraum zu; die Bestimmung ist erst dann durch das Gericht zu ersetzen, wenn die durch § 315 Abs. 3 BGB - mit dem Hinweis auf die Billigkeit - gezogenen Grenzen überschritten sind, nicht dagegen schon dann, wenn das Gericht eine andere Festsetzung für richtig hält (BGHZ 163, 119 - PRO-Verfahren; BGH NJW-RR 1991, 1248, [REDACTED] BGB, 7. Aufl. 2016, § 315 Rn. 51). Im Rahmen des § 315 Abs. 3 BGB besteht damit nur ein beschränktes Kontrollrecht und kein Nachbesserungsrecht dahingehend, die Ermessensentscheidung des primär Bestimmungsberechtigten durch eine eigene, für besser und billiger gehaltene zu ersetzen (vgl. OLG Celle MDR 2015, 326).“ (OLG Karlsruhe, a.a.O., juris Rn. 35).

Der Kläger hatte die Vertragsstrafe nach § 315 Abs. 1 BGB nach billigem Ermessen festzusetzen. Er hat dies sachgerecht getan. Anhaltspunkte dafür, dass er sein Festsetzungsermessen verletzt hat, bestehen nicht.

5. Vorgerichtliche Auseinandersetzung

Die Beklagte wurde durch Schreiben des Klägers vom 20. November 2023 aufgefordert, die Vertragsstrafe zu zahlen, eine Unterlassungserklärung abzugeben und die Kosten der Abmahnung zu tragen.

Beweis: Schreiben des Klägers (**Anlage K 3**)

Ein Mitarbeiter der Beklagten erkundigte sich telefonisch nach weiteren Details, weitere Reaktionen erfolgten jedoch nicht.

6. Abmahnpauschale

Der Kläger kann seine Abmahnungskosten von der Beklagten ersetzt verlangen und tut dies mit der Forderung des Klageantrags zu 2). Rechtsgrundlage ist § 13 Abs. 3 UWG und §§ 683 Satz 1, 677, 670 BGB. Dies begründet den Zahlungsanspruch.

Anerkannt ist, dass Verbände Pauschalen der durchschnittlich anfallenden Kosten geltend machen können. Eine Aufstellung der durchschnittlichen Kosten des Klägers wird als **Anlage K 4** beigefügt. Daraus ergeben sich unter Hinzufügung der USt 280, 78 Euro. Diese sind im Klageantrag enthalten. Im Zweifel kann die Schätzung der Kosten nach § 287 ZPO die geeignete Maßnahme zur Feststellung der Höhe sein.

7. Gerichtsstand / Streitwert

Die örtliche Zuständigkeit des Landgerichts folgt aus dem Geschäftssitz der Beklagten und der Zuständigkeitskonzentration in NRW.

Für Unterlassungsansprüche wegen Verstößen gegen die Kennzeichnungspflichten der Pkw-EnVKV hat sich in den vergangenen Jahren eine gefestigte Rechtsprechung des BGH und der Oberlandesgerichte zum Streitwert herausgebildet. Dabei ist sowohl zu berücksichtigen, dass Angaben zu den Folgekosten eines Autokaufs (wie es die Angaben zum Kraftstoffverbrauch [Benzinpreis] und zu den CO₂-Emissionen [Höhe der Kfz-Steuer] sind) für die Kaufentscheidung des einzelnen Verbrauchers von erheblicher Bedeutung sind. Darüber hinaus ist zu bewerten, dass ein Verbraucherschutzverband nicht nur die Interessen eines einzelnen Marktteilnehmers wahrnimmt, sondern die Interessen der Allgemeinheit vertritt, was sich grundsätzlich streitwerterhöhend auswirkt.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen setzen der BGH und die Oberlandesgerichte den Streitwert (nahezu) übereinstimmend auf 30.000 Euro fest (vgl. etwa BGH, Urt. v. 5.3.2015 - I ZR 164/13 -, juris; Beschluss vom 23.02.2012 – I ZR 39/11; BGH, Urt. v. 21.12.2011 – I ZR 190/10; OLG Frankfurt a.M., Beschluss vom 05.09.2013 – 25 W 37/13; OLG Frankfurt a.M., Beschluss vom 08.07.2013 – 6 W 63/13; OLG Stuttgart, Beschluss vom 02.01.2013 – 2 W 51/12; OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.12.2012 – I-20 U 1/12; OLG Köln, Beschluss vom 05.04.2012 – 6 U 29/12); OLG München, Beschluss vom 16.03.2012 – 29 W 447/12; OLG München, Urteil vom 06.10.2011 – 29 U 2574/11; OLG Oldenburg, Beschluss vom 01.03.2011 – 6 W 15/11; OLG Oldenburg, Beschluss vom 07.07.2008 – 1 W 57/08; OLG Celle, Beschluss vom 24.01.2011 – 13 W 112/10; Pfälzisches OLG Zweibrücken, Beschluss vom 30.07.2009 – 4 W 41/09; OLG Hamm, Beschluss vom 15.04.2008 – I-4 W 29/08; OLG Dresden, Beschlüsse vom 25.04.2008 – 14 W 0150/08 und 14 U 0136/08).

Danach kommt es hier „auf die gerade den Verbrauchern drohenden Nachteile an. Dieses Interesse kann unter Umständen erheblich höher liegen als das Interesse des Mitbewerbers. Die hier fehlenden Angaben über den Kraftstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen beeinträchtigen die gesetzlich geschützten Informationsinteressen des Verbrauchers, der so Gefahr läuft, seine Kaufentscheidung auf der Basis ungenügender Informationen zu treffen, die gegebenenfalls anders ausgefallen wäre“ (OLG Dresden, Beschl. v. 25.04.2008 – 14 W 0150/08, BA S. 2).

Die Kosten der Abmahnung bleiben bei der Streitwertberechnung unbeachtet.

Prof. Dr. Remo Klinger
(Rechtsanwalt)